

Eidg. Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV
Effingerstrasse 20
3003 Bern

nationalebehindertenkonferenz@bsv.admin.ch

Bern, 27. November 2017

Reg: tsc-4.713

**Entwurf der gemeinsamen Erklärung und der Handlungsansätze (Dritte «Nationale Konferenz zur Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung» vom 21. Dezember 2017)
Stellungnahme des Plenums SODK**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit E-Mail vom 19. Oktober 2017 haben Sie uns zur Stellungnahme zum Entwurf der gemeinsamen Erklärung und der Handlungsansätze anlässlich der dritten «Nationalen Konferenz zur Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung» vom 21. Dezember 2017 eingeladen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit zur Stellungnahme.

Das Plenum der SODK hat sich am 24. November 2017 zu Ihren Fragen geäußert. Es begrüsst grundsätzlich die gemeinsame Erklärung und die Handlungsansätze. Ihre konkreten Fragen beantwortet die SODK wie folgt:

1. Stimmt Ihre Organisation der *gemeinsamen Erklärung* zu? Haben Sie *textliche Änderungsvorschläge*?

Die SODK stimmt der gemeinsamen Erklärung zu. Wir erachten die Stossrichtung der Erklärung für richtig. Allerdings hätten wir es begrüsst, wenn auch der zweite Arbeitsmarkt (geschützte Werkstätten) von der Erklärung erfasst worden wäre. Die Durchlässigkeit vom zweiten in den ersten Arbeitsmarkt ist für die Kantone ein wichtiges Anliegen, denn trotz allen Anstrengungen wird es immer IV-Rentnerinnen und IV-Rentner geben, die im ersten Arbeitsmarkt nicht integriert werden können. Auch für sie sollen Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Die gemeinsame Erklärung ist in diesem Sinn etwas einseitig auf den Bund und die IV-Stellen ausgerichtet. Andere Akteurinnen und Akteure wie die öffentliche Verwaltung als Arbeitgeber oder die Rolle der Behindertenorganisationen werden kaum thematisiert. Gleichzeitig enthält die gemeinsame Erklärung keinen Bezug zur Gesetzesvorlage IV-Weiterentwicklung, die seit fast einem Jahr in der SGK-Nationalrat pendent ist.

Einige Formulierungen sind für uns zudem problematisch. So grenzt die gemeinsame Erklärung durch die Definition von «Menschen mit Behinderung» im ersten Absatz jene aus, deren Behinderung nicht durch einen Unfall oder eine Krankheit entstanden ist, wie beispielsweise Menschen mit einem Geburtsgebrechen. Ebenfalls vermissen wir in der Präambel Hinweise auf den verfassungsrechtlichen Auftrag an die Kantone, die Eingliederung von Menschen mit Behinderung durch Beiträge an soziale Einrichtungen für Angebote im zweiten Arbeitsmarkt oder andere Massnahmen zu fördern. Die gemeinsame Erklärung selbst ist in unserem Verständnis nicht nur eine des Bundes,

sondern auch der Kantone. Wir würden es deshalb sehr begrüßen, wenn die gemeinsame Erklärung in diesem Sinn angepasst wird.

2. *Stimmt Ihre Organisation der **allgemeinen Ausrichtung** der Handlungsmöglichkeiten zu?*

Die SODK stimmt der allgemeinen Ausrichtung der Handlungsmöglichkeiten zu.

3. *Welche **Schwerpunkte, Massnahmen und Ansätze** kann Ihre Organisation gezielt unterstützen?*

Die SODK überlässt es den Kantonen, für sie passende Lösungen bei der Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung in Zusammenarbeit mit ihren Partnern auf kantonaler Ebene zu erarbeiten. Sie lädt die kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren dazu ein, zu prüfen, ob sie das Programm Ressort (Schwerpunkt 3, Massnahme 1) und das Konzept iPunkt (Schwerpunkt 5, Massnahme 1) allenfalls in für sie geeigneter Form adaptieren könnten.

Wie bereits erwähnt, sind keine Handlungsmöglichkeiten für Personen enthalten, die heute im 2. Arbeitsmarkt beschäftigt sind, welche aber mit geeigneter Unterstützung auch in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden könnten (z. B. Projekt insertH im Kanton Waadt). Wir werden im Rahmen unserer Möglichkeiten prüfen, inwieweit eine Zusammenstellung solcher laufenden Projekte in den Kantonen sinnvoll ist.

4. *Mit welchen **konkreten nächsten Schritten** kann Ihre Organisation die Weiterentwicklung und die Umsetzung der identifizierten Massnahmen und Ansätze unterstützen?*

Die SODK unterstützt weiterhin die Aktivitäten der nationalen IIZ und tauscht sich mit der IV-Stellen-Konferenz regelmässig aus. Zudem fördern wir im Rahmen unserer Informationsplattformen den Austausch über Projekte in den Kantonen zu Arbeitsangeboten für Menschen mit Behinderung. Als interkantonale Direktorenkonferenz ist es uns hingegen nicht möglich, dass wir zusätzlich operativ tätig werden und dafür Ressourcen zur Verfügung stellen, um bestimmte Massnahmen zu unterstützen.

Wie wir Ihnen bereits mitgeteilt haben, wird die SODK an der dritten Konferenz vom 21. Dezember 2017 durch Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard (ZG) sowie die Generalsekretärin der SODK, Frau Gaby Szöllösy, vertreten sein. Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

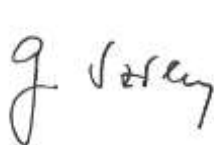
**Konferenz der kantonalen
Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren**

Der Präsident



Martin Klöti
Regierungsrat

Die Generalsekretärin



Gaby Szöllösy